



Kostenlos

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 223

Wilhelmshaven

Dezember 2006

Bei Nacht und Nebel Aktionen gegen Ausländer wecken Erinnerungen



Pro Asyl

Die Wohnungsbaugesellschaft Jade möchte sich gern von einigen Mitarbeitern trennen – Auflösungsverträge heißt das Zauberwort! Die Gewerkschaft steuert auf Seite 2 dagegen.

Zwei Versuche gab es in diesem Jahr, die Familie Mucaj außer Landes zu bringen. Beide scheiterten. Jetzt geht es darum, für die Mucajs ein Bleibe-recht durchzusetzen. Mehr Informationen auf Seite 3.

Wie viel Mietzuschuss steht einem Hartz IV-Empfänger zu? Das richtet sich nach dem Mietspiegel! Was tun, wenn es keinen gibt? Tipps auf Seite 4.

Blühende Landschaften versprechen die Politiker den Friesen und Ostfriesen, wenn erst der JadeWeserPort gebaut wird. Auf Seite 5 überprüfen wir einige Angaben.

Gleich 3 Ratssitzungen fielen in den Berichtszeitraum dieses Gegenwinds. Da gibt es auf Seite 6 eine ganze Menge Ratssplitter.

Das Holiday-Inn wird bekanntlich nicht gebaut – wann es mit dem Columbia-Hotel losgeht, ist unbekannt. Wir berichten auf Seite 8 über die Altlasten, die aus dem Holiday-Inn das Columbia machten.

Die Bebauung der Wiesbadenbrücke wird gemeinhin als Sahnehäubchen angesehen. Das Gelände ist noch nicht einmal frei – und schon gibt es Streit. Worum es geht, steht auf Seite 8.

Unsere Rubrik Hartz IV und Recht finden Sie in dieser Ausgabe auf Seite 9. Hier finden Sie auch einen Artikel über rechtswidrige 1-Euro-Jobs.

Das INEOS-Werk auf dem Voslapper Groden will die Produktion erweitern. Hintergründiges auf Seite 10.

Wie wird man Amokläufer? Um diese Frage ging es auf einer Veranstaltung der linken alternative wilhelmshaven, über die wir auf Seite 11 berichten.

Ansonsten? Ach ja: Ein frohes Weihnachtsfest und viel Gegenwind im nächsten Jahr!



meldungen

Wohnungsbaugesellschaft Jade: Klima der Angst

Zur Sanierung der städtischen Finanzen wurde die Wohnungsbaugesellschaft Jade im Jahre 2000 verkauft. Erst an die Deutsche Bank, dann an die Heuschrecke Cerberus und letztendlich an die australische Babcock & Brown-Gruppe.

Es war allen klar, dass sich durch die Änderung der Eigentumsverhältnisse auch die Verhältnisse für die Mieter und die bei der Jade Beschäftigten ändern würden. Neben dem Widerstand der Mieter, über den u.a. auch schon das NDR-Fernsehen berichtete, geht es seit längerer Zeit bei den Beschäftigten rund.

Mit der Änderung der Eigentümerstruktur im Jahre 2000 entwickelt sich die JADE vom rein gemeinnützigen zum ertragsorientiert- arbeitenden Unternehmen.

(Jade – Eine Erfolgsgeschichte – auf der Homepage der WoBau Jade)

Doch das Klima in Wilhelmshaven erlaubt keinen Widerspruch: Die Parteien, die Presse und die Verwaltung handelten als mit der Jade verschworene Gruppe. Kritik war nicht erwünscht, Kritik wurde nicht geäußert.

Es hatte den Anschein, dass auch die zuständige Gewerkschaft ver.di mit zu diesem Konglomerat zählte, bis Anfang Dezember 2006 den Gewerkschaftern wohl der Kragen platzte.

Mit einem Aufruf **An den Betriebsrat und die Belegschaft** der Wobau Jade, Wilhelmshaven meldete sich ver.di zu Wort: *Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerüchteweise gehört, dass die Beschäftigten der ehemals kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Jade in Wilhelmshaven nach dem jüngsten Verkauf von Cerberus an eine australische Gesellschaft anscheinend einem starken Druck seitens des Arbeitgebers ausgesetzt sind. Unseres Wissens wird möglicherweise sogar versucht, einzelne Kolleginnen und Kollegen einzuschüchtern oder zu Aufhebungsverträgen zu bewegen. Anscheinend haben die Verstöße gegen die Mitbestimmung bzw. gegen Arbeitnehmerrechte seit Einleitung neuer Betriebsratswahlen eine neue Qualität erfahren. Das ist für uns nicht in Ordnung. Wir sehen die Gefahr, dass die neue Wobau Jade vielleicht zu Lasten der Beschäftigten und/oder der Mieter nur noch Profit machen will und sich möglicherweise nicht mehr dem Gemeinwohl verpflichtet fühlt. Den von der Geschäftsführung neuerdings geprägten Begriff der "Personaloptimierung" halten wir für zynisch und möglicherweise entlarvend.*

Wir sehen es als unsere Sache an, zu tun was wir können, um Euch bei Eurem Kampf um Eure Arbeitsplätze und um gerechte Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Steckt nicht den Kopf in den Sand,

*sondern schließt Euch zusammen!
Lasst Euch nicht klein kriegen!*

Innerhalb kürzester Zeit wurde dieser Aufruf mit 300 Unterschriften versehen an die Gewerkschaft zurückgesandt. Die Gewerkschaft dazu in einer Presseerklärung:

Mehrere Hundert Solidaritätserklärungen für die Beschäftigten der Wohnungsbaugesellschaft JADE (Wobau JADE) sind jetzt am Montag Abend dem Betriebsratsvorsitzenden Thorsten Stahlhut übergeben worden. Der Vorsitzende des ver.di-Ortsvereins Wilhelmshaven, Heinz Reinecke, kritisierte die Personalführung des Wohnungsbaubau-Unternehmens. Es habe den Anschein, als ob die Geschäftsführung unbedingt einen Betriebsrat verhindern wolle. Eine ganze Reihe von JADE-Mitarbeitern habe sich hilflos suchend an die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) gewandt und ein "Klima der Angst und Einschüchterung" beklagt. In den letzten 10 Wochen ist etwa ein Viertel aller Arbeitsplätze abgebaut worden. "Das ist beschämend", findet Reinecke und bietet die Unterstützung des ver.di-Ortsvereins an.

"Außen hui, innen pfui?" kommentiert Gewerkschaftssekretär Frank Buscher die Situation. Die Vielzahl und Intensität von Einzelgesprächen, Aufhebungsverträgen und Abfindungen, gerade jetzt bei den laufenden Betriebsratswahlen, sei äußerst problematisch. Er sei vor allem am ordnungsgemäßen Ablauf der Betriebsratswahl interessiert. Weitere Störungen seien nicht akzeptabel.

Ansonsten stehe er den Beschäftigten der Wobau JADE auch weiterhin gerne mit Rat und Tat zur Seite, sofern die Beschäftigten sich helfen lassen. Buscher: "Angst ist ein schlechter Ratgeber!" Der Geschäftsführung der Wobau JADE bietet er eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an, die jedoch auch die Rechte und Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigen müsse."

Der Gegenwind wird berichten! (hk)

Die Milliarden bröckeln

Die von Conoco-Philips angekündigten Milliardeninvestitionen in die neu erworbene Wilhelmshavener Raffinerie rücken in weite Ferne. Der Conoco-Philips-Chef Jim Mulva kündigte an, dass die Konzernleitung davon ausgehe, bestimmte Investitionen erst einmal nicht zu tätigen. Dass die Wilhelmshavener Raffinerie mit auf der Streichliste steht, gilt als wahrscheinlich. (hk)



**MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT**

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Hartz IV "völlig pfutsch"

- so sieht es ein Rechtsanwalt aus Neuburg. Wie kommt er darauf? "Mit Urteil 22 Ca 9994/05 der ersten Instanz am 2.3.2006 und Urteil 4 Sa 338/06 vom 11.9.2006 haben Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht München auf einmal einen sehr deutlichen Schlag gegen die Hartz IV-Gesetze, gegen die Arbeitsmarktpolitik der Regierung und gegen die gesetzlichen Förderungen des Arbeitsamtes München erteilt", schreibt er in einer Mitteilung in www.pr-inside.com.

Der Fall: Eine 53-jährige arbeitslose Textilarbeiterin hatte sich, unterstützt von der Arbeitsagentur, auf einen Job in einem Textilbetrieb beworben und war "wegen Überqualifizierung" vom Personalbüro des Betriebes ausgeschlossen worden. Eine schriftliche Erklärung des Inhalts, dass es sich bei der Absage nicht um eine Diskriminierung wegen ihres Alters handele, wollte der Betrieb nicht abgeben. Dies führte zur Klage beim Arbeitsgericht München, wo die beklagte Firma vortrug, dass die Klägerin vom Auswahlverfahren und dann von den Jobs ausgeschlossen wurde, weil sie "überqualifiziert" für die angebotenen freien Stellen war; es wäre zu vermuten gewesen, dass sie "unglücklich" gewesen wäre bei der Verrichtung von Jobs, die sie in der Vergangenheit fast zehn Jahre lang als qualifizierte Mitarbeiterin und am Ende als Abteilungsleiterin durchgeführt hatte.

Eine vermutete Glücklichkeit eines Arbeitsbewerbers ist für Arbeitgeber also vorrangig vor der Zumutbarkeit, wie sie Hartz IV vorsieht, so der bittere Schluss des Anwaltes. Wer das für Pillepalle hält, möge sich die Anzahl der älteren Langzeitarbeitslosen im Vergleich zur Zahl der verfügbaren Jobs, die Höhe des Alg II, die Zukunftsperspektiven von älteren Langzeitarbeitslosen und die Zumutbarkeitsregelung in Hartz IV vor Augen führen. (noa)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpffer (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare
titelbild: GRUPPO1635_casparmichael_kusmier
www.gruppo635.com

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63
Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 19.12.2006

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Nervenkrieg

Die Auseinandersetzung um das Bleiberecht für die Familie Mucaj geht weiter

(hk) Der Versuch, die Familie Mucaj abzuschieben, schlug fehl. Inzwischen ist Frau Mucaj wieder zu Hause, ihr Mann wurde aus dem Abschiebeknast entlassen, und die Kinder sind wieder bei ihren Eltern.



Demonstration am 22.11.2006: Sofortiger Stopp aller Abschiebungen foto: iz

Der Unterstützerkreis der Familie Mucaj schreibt in einer Pressemitteilung vom 17. Dezember 2006:

Der Unterstützerkreis der Familie Mucaj möchte sich zum Jahresende bei allen bedanken, die durch ihre aktive Hilfe und engagiertes Mitwirken dazu beigetragen haben, dass eine Abschiebung der Familie bislang verhindert wurde.

Nach zwei erfolglosen Versuchen wurde die Abschiebung erneut bis zum 15. Januar 2007 ausgesetzt. Inzwischen hat Herr Mucaj ein weiteres Mal einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt, ebenso wie einen erneuten Antrag auf eine Arbeitserlaubnis, da er ein verbindliches Arbeitsangebot nachweisen kann, das die Familie von staatlicher Hilfe unabhängig macht.

Damit hat die Familie Mucaj alle Kriterien gemäß der Bleiberechtsregelung nach dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17. November 2006 erfüllt. Sie lebt bereits seit mehr als 15 Jahren in Deutschland. Beide Söhne, sieben und zwölf Jahre alt, sind hier geboren und sprechen nur unsere Sprache. Sie gehen regelmäßig zur Schule und werden von ihren Lehrern als gute Schüler beurteilt.

Darum verstehen wir nicht, dass die Verantwortlichen der Stadt Wilhelmshaven dieses menschenunwürdige Handeln nicht beenden und nicht endlich ein dauerhaftes Bleiberecht genehmigen, zumal sich der Rat der Stadt in der Ratssitzung vom 22.11.06 geschlossen hinter die von der Ab-



schiebung bedrohte Familie gestellt hat.

Breiter öffentlicher Protest, geäußert in einer Vielzahl von Leserbriefen und auf mehreren Veranstaltungen im Gewerkschafts-

Die Geschehnisse des 9. November 2006 –

der Text entstammt der Dienstaufsichtsbeschwerde des Mitarbeiters des Unterstützerkreises Johann Janssen:

In der Nacht des 09.11.2006 um 2.30 Uhr verlangten Beamte der Stadt Wilhelmshaven Einlass in die Wohnung der Familie Mucaj. Die Beamten kamen in Begleitung von 2 Polizisten. In der Wohnung der Familie Mucaj befand sich Herr Mucaj alleine. Er wurde gefesselt. Die Beamten klingelten 2 Stockwerke tiefer bei dem Schwager der Familie, Herrn A. H. Da sie keinen richterlichen Beschluss vorweisen konnten, verweigerte Herr H. ihnen den Zutritt. Nach einigen Wortwechseln verließen die Beamten den Hausflur und kamen nach Minuten mit der Behauptung zurück, sie hätten jetzt telefonisch die Erlaubnis von einem Richter Lindecke, die Wohnung zu betreten. (In der Hausdurchsuchungsbegründung von Richter Lindecke mit Datum vom 09.11.06, die 5 Tage später bei Herrn H. ankam, gab Herr Lindecke an, 1. der Vater habe den Aufenthaltsort der Kinder mitgeteilt, was nicht der Wahrheit entsprach, und 2. die Wohnung von Herrn H. sei als Aufenthalt der Kinder daran erkannt worden, dass Kinderschuhe eines Zehnjährigen vor der Tür gestanden hätten. Herr H. dazu: "Wir stellen nie Kinderschuhe vor die Tür, dort standen die Schlappen meiner Frau.")

Die Beamten in Zivil schoben den immer noch widerstrebenden Herrn H. beiseite und drangen in die Wohnung ein. Frau Mucaj war inzwischen in Panik aus dem Fenster

haus, im Gemeindesaal der Christus- und Garnisonkirche, im Christuskindergarten, im Pumpwerk und vor dem Rathaus, hat gezeigt, wie entsetzt viele Mitbürgerinnen und Mitbürger darüber waren und sind, was der Familie Mucaj am 19. Januar 2006 und erneut am 9. November 2006 widerfahren ist.

Dieser Nervenkrieg muss aufhören!

Der Unterstützerkreis hat sich seit seinem Bestehen lautstark und wirkungsvoll zu Wort gemeldet, um die Öffentlichkeit zu informieren, und wird dies auch weiterhin tun.

Seitens der Stadt hat es auf unsere Vorwürfe und öffentlichen Äußerungen bisher keine Reaktion gegeben, so dass wir uns in der Richtigkeit unseres Handelns bestätigt sehen.

Diese Bestätigung gibt uns die Kraft und verpflichtet uns gleichzeitig, auch im Jahre 2007 weiterzumachen und gegen eine unmenschliche Abschiebepolitik zu streiten, gleich, gegen wen sie sich richtet.

Dazu brauchen wir auch in Zukunft die Unterstützung einer wachsamem, kritischen und couragierten Öffentlichkeit, von Menschen, die nicht einfach zuschauen, wenn Nachbarn abgeholt und wegtransportiert werden. □



gesprungen. Die Kinder Leutrim und Donjed waren wach geworden. Donjed schrie und klammerte sich an seine Großmutter. Leutrim stand blass daneben. Die Beamten wollten die Pässe der Anwesenden sehen, u.a. auch den Pass des einjährigen Kindes von Herrn H. Über das ganze Vorgehen der Beamten herrschte große Aufregung. Die Beamtin sagte zu ihrem Kollegen u.a.: "Der ist doof, der versteht nicht", womit sie Herrn H. meinte. Dieser entgegnete, sie solle nicht immer "kapitschi, kapitschi" und "du verstehen" zu ihm sagen, er könne gut deutsch sprechen und sei kein Russe. Im Laufe der Auseinandersetzung äußerte einer der zivilen Beamten zu Herrn H.: "Oder soll ich dich mit nach unten nehmen und zwei aus dir machen?"

Schließlich trennte die Beamtin die Großmutter von den Kindern und ging mit diesen in den dritten Stock, wo sie sich im Anblick des gefesselten Vaters anziehen mussten. Eine Begleitung dorthin durch Familienangehörige wurde den Kindern verweigert. Der gefesselte Vater und die beiden Kinder wurden dann ins Auto gebracht. Eine Verabschiedung von der Familie wurde verweigert. Im Laufe der Ereignisse war die Großmutter in Ohnmacht gefallen und kam erst langsam mit Hilfe kalten Wassers wieder zu sich.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Andratzke, ich bin entsetzt über ein solches Vorgehen von Beamten in unserer Stadt, da ich davon ausgehen muss, dass es so oder ähnlich in Wilhelmshaven immer wieder stattfindet. Ich möchte über das Ergebnis der Dienstaufsichtsbeschwerde informiert werden.

Dauerbrenner

Immer noch gilt: Ein Mietspiegel muss her!

(noa) Was hat die wunderschöne alte Stadt Freiburg/Breisgau mit unserem noch recht jungen Wilhelmshaven, dessen Schönheiten man erst nach und nach entdecken kann, gemeinsam? – Nein, das wird kein Preissausschreiben; die Antwort folgt sogleich.

„Jährlich werden ... Hunderte von ALG II-Bedarfsgemeinschaften schriftlich oder mündlich aufgefordert, ihre Wohnkosten zu senken bzw. in Wohnungen umzuziehen, die den festgesetzten Anforderungen entsprechen.“ Dieser Satz klingt so, als stamme er aus einer Stellungnahme der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland. Tut er aber nicht. Er steht in einem Papier mit dem Titel „Die Chancen von BezieherInnen von ALG II auf dem freien Wohnungsmarkt in der Stadt Freiburg“, das der „RUNDE TISCH zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg“ herausgegeben hat. Dieses Papier stellt das „Ergebnis einer Auswertung von Wohnungsanzeigen in Freiburg“ dar.

Hier wie da dasselbe Problem

Die Langzeitarbeitslosen in Freiburg schlagen sich mit dem gleichen Problem herum wie die hier in Wilhelmshaven: Sie bekommen von ihrer ARGE nicht die tatsächlichen Wohnkosten erstattet und müssen einen Teil ihres ohnehin dürftigen Regelsatzes für die Miete aufwenden, was sie in noch größere Armut treibt. Interessanterweise hat die ARGE in Freiburg ganz ähnliche Miethöhen wie das Job-Center Wilhelmshaven „aus den Wolken abgelesen“, wie Werner Ahrens von der ALI es vor einiger Zeit ausgedrückt hat: 252,90 € für eine, 337,20 € für zwei, 421,50 € für drei, 505,80 € für vier und 590,10 € für fünf Personen. Und auch in Freiburg gibt es Wohnungen zu den festgesetzten Konditionen nicht in ausreichender Zahl.

In Wilhelmshaven gibt es eine Liste vom Job-Center, die Wohnungen „nachweist“, die den von ihr fixierten Mietobergrenzen genügen. Eine vor Monaten vorgenommene Überprüfung durch die ALI führte zu dem Schluss, dass es ein ganz schönes Gedrängel geben muss, wenn 5000 BewerberInnen sich um ca. 100 Wohnungen kloppen. Trotzdem verwendet das Job-Center diese Liste (bzw. Neuauflagen davon) weiterhin, sogar als Argument gegenüber dem Sozialgericht Oldenburg. Im November-Gegenwind konnten wir von ersten rechtskräftigen Urteilen dieses Gerichts berichten. Sie sagen übereinstimmend: Die Liste des Job-Centers Wilhelms-

haven kann nicht herangezogen werden, um die zu erstattenden Kosten der Unterkunft zu ermitteln, da sie nicht den Kriterien des Bürgerlichen Gesetzbuches für einen Mietspiegel genügt.

Keine Ahnung

Den Gegenwind-LeserInnen, die annehmen, nun werde das Job-Center endlich ohne Heckmeck ihre Kosten der Unterkunft bis zur Höhe der Werte aus der rechten Spalte der Wohngeldtabelle bewilligen (wozu das Sozialgericht Oldenburg das Job-Center in den jüngst entschiedenen Fällen verdonnert hat), wurde dieser Zahn allerdings erst einmal gezogen. Das Job-Center bewilligt weiterhin nur gemäß seinen „Wolkenzahlen“. „Und was ist mit den Urteilen?“, fragten einige ALG II-EmpfängerInnen ihre FallmanagerInnen. „Wir wissen nichts von Urteilen“, bekamen sie als Antwort. Wir wissen nun natürlich nicht, ob sie „von oben“ dazu angewiesen wurden, sich unwissend zu stellen, oder ob die Information, dass ihre Dienststelle jüngst ein paar Prozesse verloren hat, ihnen vorenthalten wurde. Es geht also weiter wie bisher: Man bekommt einen Bewilligungsbescheid, legt Widerspruch ein, bekommt einen Widerspruchsbescheid, klagt beim Sozialgericht und bekommt irgendwann sein Recht.

Oder: Man glaubt seinem Fallmanager, knapst sich den fehlenden Mietanteil von anderen Dingen ab, geht etwa nicht zum Arzt oder isst weniger oder was auch immer, und das Job-Center freut sich.

Wir machen einen Mietspiegel

Ein großer Unterschied besteht zwischen Wilhelmshaven und Freiburg: Freiburg ist eine altehrwürdige Universitätsstadt, und wissenschaftliches Arbeiten ist dort viel mehr Leuten geläufig als hier. Und so hat der „RUNDE TISCH“ eine fundierte Untersuchung zu den tatsächlichen Freiburger Mieten durchgeführt.

Aber davon kann man ja lernen. In der ALI-Monatsversammlung November regte Werner Ahrens an, dass ALI-Mitglieder einen Arbeitskreis bilden, die nach dem Freiburger

Vorbild das Mietpreisniveau in Wilhelmshaven ermittelt.

Die Werkzeuge dafür sind dieselben, die die Stadt Wilhelmshaven als Partner der Arbeitsagentur in der ARGE auch benutzt. Es sind Wohnungsanzeigen in der lokalen Presse. Das entspricht auch der Situation eines Arbeitslosen, der alle ihm zugänglichen Medien nutzt. Die Freiburger haben sie drei Monate lang ausgewertet. Dieser Zeitraum „wurde im Sinne aussagekräftiger Ergebnisse gewählt; er ist angesichts des Zeitdrucks, dem sich ein Erwerbsloser ausgesetzt fühlt, eigentlich eher zu lang angesetzt.“ Wenn man aber auf Ergebnisse aus ist, die Hand und Fuß haben und die z.B. vor Gericht oder bei Behörden bestehen können, muss man schon gründlich arbeiten. □

Die Arbeitsgruppe hat sich schon konstituiert und mit der Arbeit begonnen. Doch es ist eine umfangreiche Arbeit, bei der es ruhig mehr MitarbeiterInnen geben darf. Am 2. Januar trifft sich die Gruppe um 10 Uhr im Gewerkschaftshaus (Weserstraße 51).

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70



**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Jonathan  Naturkost

Das ist doch alles Käse:

Chevrondel, Saint Paulin, Comté, Crottin de Chavignol, Cantal,
Fourme d'Ambert, Abondance, Morbier...

Käsespezialitäten- nicht nur aus Frankreich, aber nur aus biologischem Anbau!
Für Fortgeschrittene und Anfänger ein Genuß!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

JadeWeserPort: Arbeitsplatzprognosen auf Talfahrt

Am 13.12. hielt Heinz Brandt, Leiter des Personalwesens der Firma Eurogate, in der Volkshochschule einen Vortrag mit PowerPoint-Präsentation, in dem er auch auf die zukünftig mit dem JadeWeserPort verbundenen Arbeitsplätze einging. Diese bildeten auch den absoluten Schwerpunkt im anschließenden Frage- und Antwortspiel.

Im Jahre 2010 soll es also mit etwa 420 Beschäftigten losgehen, und nach Vollausslastung, die im Jahre 2015 erreicht werden soll, sollen es dann 1.000 werden. Dies habe man im Ansiedlungsvertrag genauso "quer geschrieben" wie den Umschlag von 2,9 Mio. Standardcontainern (TEU) im gleichen Jahre.

Man hätte sich für das Van-Carrier-System (VC) entschieden, weil es im Vergleich zum AGV-System (Automatic Guided Vehicles) neben den wirtschaftlichen Vorteilen auch mehr Arbeitsplätze schaffe. Neben dem operativen Bereich an der Kaikante sollen auch Arbeitskräfte für den administrativen, betrieblichen und technischen Bereich ausgebildet werden.

Ob man den Ansiedlungsvertrag mit dem Quergeschriebenen denn mal einsehen könne, wurde gefragt. Nein, hieß es! Das mache keine Firma – der Inhalt sei nur einem kleinen Kreis von unter 20 Personen bekannt.

Produktionsfortschritte

Wie es denn es denn zu erklären sei, dass für den terminalbezogenen Bereich von den Instituten ein Arbeitskräftebedarf von 1.000 Personen bei einem jährlichen Umschlagvolumen von 1,9 Mio. TEU – statt für 2,9 Mio. - angegeben wurde!?

Man habe gewaltige Produktivitätsfortschritte erzielt seit den neunziger Jahren. Außerdem würde das immer weiter ausfächernde Feedersystem zu einer Konzentrierung wachsender Schiffsgrößen auf wenige Haupthäfen führen. Dadurch könnten die Umschlagmengen pro Schiff gesteigert werden, was sich positiv auf die Umschlagleistung auswirke.

Herr Brandt weiter: Abseits der Kaikante sind eine Container-Packstation, ein Container-Depot, Containerwartung und -reparatur, seemäßige Verpackung und ein Aussichtsturm zur Tourismusförderung vorgesehen.

Brand kündigte auch die Ansiedlung von Firmen an: Ocean Gate Distribution, BLG Logistics Interaction, BLG-Cold Store Logistics und Maersk Logistics Deutschland. Auch die Vermarktung des Hafengrunds im Rahmen der Eurogate Marketing und PR-Aktivitäten ließ er nicht aus.

Die Mitarbeiter dieser Firmen seien in der Zahl der 1.000 Beschäftigten des Terminalbetriebs mit enthalten, erklärte er auf Anfrage.

Weiterhin sagte er, dass neben dem Terminalbetrieb konservativ gerechnet 1.000 weitere terminalabhängige Arbeitsplätze entstehen würden; z.B. Festmacher, Zöllner, Wachpersonal, Maler, Kantinenpersonal usw. usf. - Friseur waren allerdings nicht dabei. (jm)

kommentar

Glaubensfragen

Nicht unsympathisch die pastorale Art, wie Heinz Brandt von der Eurogate seine Lichtbild-Präsentation mit Worten unterlegte. Dafür hat er den höflichen Beifall denn auch verdient. Leider ließ es sein Gesundheitszustand zeitlich nicht zu, ihn beim anschließenden Frage- und Antwortspiel ausgiebiger zu löffeln. So wurden vom Moderator kurze Fragestellungen angemahnt, damit jeder mal drankommt. Wenig später wurde das Diskussionspektrum von ihm aus Zeitmangel auf das wichtigste Themenfeld "Arbeitsplätze" eingegrenzt.

Ein paar inhaltliche Hinterfrager störten wohl ein wenig die Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung der ihm mehrheitlich wohlgesonnenen Gemeinde. Als Unmutsventil bot sich ein Herr P. an, der die kritischen Argumente der Hafengegner "...nicht mehr hören kann." Der Hafen müsse gebaut werden, weil Wilhelmshaven sonst in 50 Jahren nicht mehr da sei. Dies erlaubte es den verbal zurückhaltenden Gläubigen endlich, durch demonstrativ lautes Klatschen Dampf abzulassen.

Zur Sache - Wer hören will, der höre: Nun wäre es ja interessant, zu erfahren, ob es sich wirklich um eine Arbeitsplatzgarantie ohne Hintertürchen handelt, die Eurogate im Ansiedlungsvertrag "quer geschrieben" hat. Doch selbst wenn in dem Vertrag eine unzweideutige Arbeitsplatzgarantie festgeschrieben sein sollte, hätte das noch keine rechtliche Bedeutung. Verpflichtend wird die Unterschrift erst, wenn die Einhaltung durch eine angemessene Vertragsstrafe abgesichert ist.

Doch selbst für den Fall, die 2,9 Mio. TEU Jahresumschlagleistung würde im Jahre 2015 trotz Vollendung der internationalen Arbeitsteilung, Marktsättigung, wachsender Konkurrenz aus dem Mittelmeerraum und trotz der im Aufbau befindlichen Containerzugverbindung zwischen China und Mitteleuropa erreicht - wirkt sich der gewaltige Produktivitätsfortschritt, von dem Heinz Brandt in Beantwortung einer Frage zu früheren Prognosen berichtete, nicht auch mildernd auf die tausend "quer geschriebenen" Arbeitsplätze im JWP aus?

Wie gewaltig der Produktivitätsfortschritt sein muss, kann man in einem Vergleich mit der Machbarkeitsstudie vom Dezember 1999 nachprüfen: Dort wird bei einem Jahresumschlag von nur 1,8 Mio. TEU ein Personalbedarf (eigener und von Vertragspartnern) von 1.145 prognostiziert.

Diese Studie hatten die Institute "IBP Ingenieurgesellschaft mbH", "ISL Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik" und "PTC Port and Transport Consulting Bremen GmbH" seinerzeit für das "Projektkonsortium Jade-Port" erstellt.

Ende Oktober 2003 prognostizierten Gutachter im Auftrage der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft dann nur noch 1.032 Arbeitsplätze auf 2,0 Mio. TEU Jahresumschlag. Zudem wollte man vor drei Jahren auch schon wissen, wie viele Arbeitsplätze das bei einem Umschlag von 2,8 Mio. TEU werden könnten. Die Fachleute kamen auf



WASG
Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.wasg-whv.de

1.404. Und so steht es ganz genau im noch nicht genehmigten Planfeststellungsantrag zum Bau des JadeWeserPort.

Aktuell sind es lt. Heinz Brandt also nur noch 1.000 Arbeitsplätze auf 2,9 Mio. TEU! Es stellt sich die Frage, was bei einem solch rasantem Produktivitätsfortschritt dann wohl in acht Jahren noch an Arbeitsplätzen im JWP übrig bleiben mag.

Auch Brandts Angabe von 1.000 zusätzlichen terminalabhängigen Arbeitsplätzen müsste eigentlich für die JWP-Glaubensgemeinschaft enttäuschend im Vergleich zu folgender Behauptung im Planfeststellungsantrag sein:

"In einer sehr vorsichtigen Schätzung werden die Gesamteffekte auf knapp 2.500 zusätzliche Arbeitsplätze in der Region beziffert. Darin sind sowohl direkte als auch induzierte Effekte. Eine zweite, optimistischere Schätzung sieht die Chance, dass in der Region durch den Hafen langfristig 6.300 Arbeitsplätze entstehen."

Jochen Martin

Zahlenspielerien

(jm) Wilhelmshaven bereitet sich lt. WZ vom 16.12.06 auf "...die Unterbringung von Arbeiterkolonnen..." für den Bau des JadeWeserPort sowie die Erweiterung von INEOS und WRG vor. Wie viele das genau sein werden, wissen die Planer noch nicht. Die Industrie gehe aber von 2.000 – 4.000, in der Spitze bis zu 7.000 Arbeitskräften aus.

Ein Blick in u.a. Tabelle aus der "Nutzen-Kostenbetrachtung für eine Hafenerweiterung in Hamburg-Altenwerder" könnte einige Anhaltspunkte liefern. Das Gutachten zum Bau des Container Terminals Altenwerder (CTA) vom Juli 1994 wurde erstellt von der PLANCO Consulting GmbH im Auftrag der Wirtschaftsbehörde der Stadt Hamburg.

Beschäftigungseffekte während der Bauphase

| Jahr | Anzahl neu geschaffener Arbeitsplätze | Anzahl der bewertungsrelevanten Arbeitsplätze *) |
|------|---------------------------------------|--|
| 1995 | 174 | 67 |
| 1996 | 251 | 97 |
| 1997 | 855 | 329 |
| 1998 | 1.241 | 478 |
| 1999 | 1.127 | 434 |
| 2000 | 1.353 | 521 |
| 2001 | 807 | 310 |
| 2002 | 340 | 131 |
| 2003 | 68 | 26 |

*) Bewertungsrelevant für die regional zurechenbaren Einkommen

Ratssplitter

vom 13. Dezember 2006
eingesackt und
ausgepackt
von Imke Zwoch

✱ Gesellschaftsspiele

Der Dschungel der städtischen Gesellschaften wird jetzt um zwei weitere aufgeforstet: die Eigenbetriebe "Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven" (GGS) und die "Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven" (SDW). Vorab muss allerdings der städtische Personalrat angehört werden, was – auf dessen Antrag – sozusagen last minute vorm anstehenden Ratsbeschluss erfolgte. Personalratsvorsitzender Diether Kanth machte deutlich, dass die Personalvertretung die neuen Gesellschaften als überflüssig erachtet. Ab dem 1.1.2007 wird nämlich auch in der öffentlichen Verwaltung das kaufmännische Haushaltsrecht eingeführt. Und es sei nicht nachvollziehbar, so Kanth, warum die Verwaltung weniger effektiv arbeiten sollte als eine Gesellschaft und weshalb die MitarbeiterInnen nach der Umwandlung motivierter sein sollen, wie es die Begründung für den Ratsbeschluss darlegt. Trotz Kanths klarer Worte sprach sich der Rat mit Stimmenmehrheit für die neuen Gesellschaften aus.

✱ "Man duzt sich"

warf Oberbürgermeister Eberhard Menzel mehrfach laut wie süffisant in den Raum, als BASU-Ratsherr Joachim Ender dem Personalratsvorsitzenden inhaltlich beipflichtete und beide sich in ihren Wortbeiträgen mit Vornamen ansprachen. Na und? Die meisten Ratsleute duzten sich untereinander, fraktionsübergreifend, und auch mit bestimmten Verwaltungsmitarbeitern. Fürs Protokoll wird zwar meist die Höflichkeitsform benutzt, aber gelegentlich rutscht auch mal der Vorname des Angesprochenen raus, zumeist, um damit Vertrauen und Übereinstimmung zu demonstrieren. Darf man das etwa nur bei Meinungsäußerungen, die dem OB in den Kram passen? Solche überflüssigen wie peinlichen Bemerkungen sollte er sich künftig besser sparen. ☺

✱ Eine schöne Bescherung

wollte die LAW armen Kindern in Wilhelmshaven bereiten: Jedes sollte zu Weihnachten 50 Euro von der Stadt erhalten, erklärte Sprecher Johann Janssen. Weil das Fest kurz vor der Tür steht, wurde der Vorschlag als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Insgesamt ging es um geschätzte 250.000 Euro. Zu diskutieren waren nun a) die Dringlichkeit und b) die Sinnhaftigkeit des Antrags. Erstes ist, laut Rechtsamt, dann der Fall, wenn dadurch "ein Schaden abgewendet" bzw. bei Nichtbehandlung ein "Nachteil für das allgemeine Wohl" entsteht. (Aus Sicht der Kinder wäre vermutlich beides gegeben – red). Rechtlich sei solch eine Zuwendung für Bedürftige gar nicht vorgesehen und die Stadt für jene sowieso nicht mehr zuständig. Zudem müsse die Verwaltung dafür erst ein ei-

genes Auszahlungsverfahren entwickeln. Die Behandlung des Antrags sei also "aus verschiedenen rechtlichen Gründen" weder nötig noch möglich.

Klar war: Die anderen Fraktionen mussten dem Antrag zumindest vom Grundsatz her beipflichten, um nicht als herzlos zu gelten. Für die SPD ging Sabine Gastmann einen deutlichen Schritt weiter: Sie lobte den Antrag als "zu Recht tollkühn" – auch wenn die Familienversorgung jetzt Aufgabe des Jobcenters sei, wolle ihre Fraktion sowohl Dringlichkeit als auch Inhalt des Antrags unterstützen.

CDU-Sprecher Günther Reuter fand die Idee "sympathisch", qualifizierte sie dann aber als "populistisch" ab. (Dieser Totschlagbegriff wird gern benutzt, wenn andere eine Idee haben, die das Herz der WählerInnen trifft.) Auch er berief sich auf die Zuständigkeit des Bundes, und wenn, dann müsse man ja der Gerechtigkeit wegen auch andere Bedürftige unterstützen, Behinderte, Alte usw. – "das rechnet sich dann leicht auf eine Million Euro hoch". Klar, wenn man's drauf anlegt ... Abschließend konnte sich Reuter wieder mal eine seiner geliebten Unterstellungen nicht verkneifen: "Herr Janssen ist sicher einer der ersten, der sagt, die Verwaltung ist unfähig". Zur Sache bitte! ☺

✱ 1670 Jahre zu spät

Am Freitag wurde der Antrag nach Berechnung von Michael Schadewaldt (FDP). Seit dem Jahre 336 n. Chr. sei das Datum des Weihnachtsfestes bekannt. Warum die LAW den Antrag nicht früher eingebracht habe? Die Dringlichkeit konnte er deshalb nicht nachvollziehen. Abschließend stimmten immerhin 21 Ratsmitglieder für die Annahme des Dringlichkeitsantrages – da fehlten 9 Stimmen an der erforderlichen 2/3-Mehrheit.

✱ Geschichtsklitterung

Am zukünftig ehemaligen Geniusstrand soll eine "JadeWeserPort Info-Box" aufgestellt werden. Der Voslapper Ratsherr Harms (CDU) sprach sich dafür aus, diese in Form des alten Voslapper Leuchtturms zu gestalten. Wilfrid Adam (SPD) schloss sich an: "Damit ist der Geschichtsschreiber Wilhelmshavens gedient." Man war sich sicher, damit den Voslappern ein schönes Geschenk zu machen. LAW-Ratsherr Janssen ist anderer Ansicht: Sowas sei "kitschig", nachdem man traditionelle Strukturen dort zerschlagen und sich für das Moderne entschieden habe. BASU-Ratsherr Joachim Tjaden teilt die Zweifel. Woraufhin der OB seine Lieblingsplatte zum 324. Mal auflegte: Klar, die BASU wolle den JadeWeserPort nicht, weil sie keine jungen Leute hier haben wolle usw. bla-bla. Tjaden reagiert vernünftigerweise nicht mehr auf solch unsachlichen Anwürfe. Ender verbat sich, die BASU über einen Kamm zu scheren. (Die BASU-Vertreter sind nicht nur im Detail verschiedener Ansicht, sie dürfen die auch laut formulieren und ohne Fraktionszwang abstimmen. Die LAW übrigens auch).

Zurück zu Janssen: Denkmalfachleute werden ihm vermutlich zustimmen (ich übrigens auch – die Verf.), dass der Nachbau eines Denkmals, erst Recht in diesem Kontext, Kitsch ist. Das ist so wie eine Neuschwanstein-Replik in Tsingtau, Disneyworld am Watt. Mit den veranschlagten Baukosten von einer Mio. Euro würde man da auch lange

nicht hinkommen. Sein LAW-Kollege Gerold Tholen ergänzte noch, er sei nicht gegen die Infobox, aber gegen eine städtische Beteiligung daran – das sei Sache der beteiligten Firmen (da hat er recht ☺). Womit wir beim nächsten Thema wären:

✱ Geld spielt keine Rolle

Für die Infobox wird zunächst (wieder mal) eine Gesellschaft gegründet, die "JadeWeserPort Infobox GmbH", mit einem Stammkapital von 70.000 Euro. Die Hälfte gibt das Land Niedersachsen, allein 15.000 Euro die Stadt und den Rest die Landkreise Friesland, Wittmund und Wesermarsch. Jetzt kommt's aber dicke: Für die Baukosten schießt das Land 245.000 Euro zu, die Stadt 105.000 Euro und die Landkreise 140.000. Weitere 500.000 kommen aus öffentlichen Fördertöpfen. Und wo bleibt, bitte, Eurogate als Betreiber des geplanten Containerterminals, für das dort geworben wird? Und warum spricht hier keiner von der verhängten Haushaltssperre, die z. B. Reuter als Hindernis anführte, als es um das von der LAW geplante Weihnachtsgeschenk an arme Kinder ging? ☺

Damit nicht genug: Die "Flugplatzgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH" kriegt von der Stadt auch noch 295.000 Euro geschenkt. Begründung: Bisher ist in Mariensiel nur ein Sichtanflug möglich, jetzt soll ein Instrumentenan- und abflugverfahren eingerichtet werden. Das "dient der Wirtschaftsförderung, da sich dadurch die Attraktivität des Flugplatzes für Geschäftsreisende und Investoren erhöhen wird." Aha. Das Ganze läuft unter "Daseinsvorsorge der Gemeinde". Wunderbar: Wir betreiben Daseinsvorsorge für gut verdienende Geschäftsleute, aber nicht für arme Kinder in der Stadt. Frohe Weihnachten. Auch wenn die Abwicklung der Weihnachtsgabe tatsächlich nicht so einfach gewesen wäre – dass das dermaßen totgeredet wurde, während hier mal eben Beträge genehmigt werden, die (alle aufsummiert) für 8300 Kinder gereicht hätten, spricht Bände. ☺

✱ Geschenk

hat uns der Rat einen städtischen Fahrradbeauftragten. Carsten Henze wird in den kommenden 5 Jahren alle vertreten, die sich umwelt- und gesundheitsbewusst auf zwei Rädern durch die Stadt bewegen. Henze (bzw. sein Vertreter Ferdinand Heimbuch) wird den "Runden Tisch Radverkehr" leiten, an dem sich Verkehrsplaner, Straßenbauer und "bedarfswise" Vertreter von Schulen, Behinderten, Bürgervereinen etc. zusammenfinden. Im Bauausschuss hat der Fahrradbeauftragte beratende Stimme. Als Vorstandsmitglied im örtlichen ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) sind Herr Henze die erforderliche Sachkenntnis und Motivation zuzutrauen. Für diese ehrenamtliche Tätigkeit erhält Herr Henze eine jährliche Entschädigung von 300 Euro. Wir wünschen ihm viel Erfolg und Durchsetzungsvermögen bei dieser wichtigen Aufgabe! ☺

✱ Wunschkandidat wider Willen

Anfang 2007 gründet die Stadt zusammen mit den Landkreisen Friesland, Wittmund und Wesermarsch den Zweckverband "Veterinäramt JadeWeser". Als Vertreter für dessen Verbandsversammlung schlug die bunte Ratsmehrheit den grünen Bürgermeister Werner Biehl vor und als Stellvertreter Land-

wirt Heinz Weerda (CDU). Für die SPD ist jedoch Letzterer "der einzige Fachmann im Rat" und damit Spitzenkandidat für diesen Posten. Obwohl Reuter erläuterte, dass die Reihenfolge in seiner Fraktion so abgestimmt sei, insistierte Neumann. Erst als Weerda selbst deutlich erklärte: "Ich stehe nicht für eine Abstimmung (als Hauptvertreter) zur Verfügung!", gab die SPD klein bei. Offen bleibt, ob die SPD Herrn Biehl wirklich aus fachlichen Gründen ablehnte. Laut Verbandssatzung geht es dort nicht nur um Aufgaben des Veterinärwesens, sondern auch des gesundheitlichen Verbraucherschutzes. Und da wird sich ein altgedienter Grüner schon engagiert und sachkundig einbringen.

* Geht doch

Auf der konstituierenden Ratssitzung hatte es Ärger um die Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse gegeben. Die "Jamaica"-Gruppe hatte ihren Vorschlag, den Vorsitz Jörn Felbier (CDU) zu übertragen, durchgebracht. Bisher war das immer der Oberbürgermeister gewesen, weshalb die SPD nicht nur großen Unmut zum Ausdruck gebracht, sondern bockig die Wahl weiterer Vertreter torpediert hatte. Es dürfen nämlich insgesamt nur drei weitere Ratsmitglieder in dieses Gremium, und als die SPD gleich drei aus ihren Reihen vorschlug, zeigten die anderen Fraktionen sich natürlich stur. Jetzt, im zweiten Anlauf, hielten sich alle brav an die paritätische Verteilung. Das Thema "Felbier als Vorsitzender" wurde allerdings nicht erneut aufgegriffen – seine Wahl hat Bestand.

* Sonnenwende

Interessiert zeigt sich die SPD seit Neuestem am Thema "Solarenergie" und erkundigte sich nun bei der Verwaltung: Ob städtische Dächer schon auf ihre Eignung für Photovoltaik-Anlagen geprüft wurden? Und ob es schon konkrete Planungen dazu gibt? Auch dazu, diese Energieform bei Privaten zu propagieren? Dazu Stadtrat Jens Graul: Als "Acapulco des Nordens" sei unsere Stadt grundsätzlich für die Nutzung von Sonnenenergie geeignet. 2006 wurden zwei Projekte geprüft: Das Dach der Herbartschule sei grundsätzlich geeignet, aber es sei nicht 100% nach Süden ausgerichtet (geringere Effizienz) und soll in 10-15 Jahren erneuert werden – dann müsste man die Anlage wieder abbauen. Fazit: Lohnt sich gerade nicht. Bei anderen Schulgebäuden mit Satteldach soll die Installation von Photovoltaik geprüft werden, wenn ohnehin eine Dacherneuerung ansteht. Zehn städtische Gebäudedächer hätten eine ausreichend günstige Position. Das Flachdach der BBS (Friedenstr.) wurde 2006 erneuert, dort müsste man die Kollektoren allerdings aufständern (zusätzliche Investitionskosten). 138.000 Euro wären noch wirtschaftlich gewesen, die Erträge für die Einspeisung ins Netz eingerechnet, aber die errechneten 153.000 Euro seien nicht mehr wirtschaftlich. (Nun ja, 15.000 Euro mehr für eine Pilotanlage, die auch Privaten als Vorbild und Ansporn dient, könnte man schon als gelungene Investition verbuchen – die Verf.)

Mit berechtigtem Stolz berichtete Graul über die große Anlage auf dem Dach des Reinhard-Nieter-Krankenhaus. (Finden wir auch Klasse – aber läuft das RNK, wenn es um andere Infos geht, nicht unter private Betreiber-gesellschaft?)

Jedenfalls will die Stadt die Nutzungsmöglichkeiten für ihre Dächer "erneut und ernsthaft untersuchen". Was die Beratung privater Haushalte und der Wirtschaft angeht, habe man sich mit dem Landkreis Friesland der Kampagne "solar lokal" abgesprochen. Was leider außen vor blieb, war die Nutzung von Wärmekollektoren für Heizung und Warmwasser. Die Kosten nämlich im Vergleich zur Photovoltaik 'nen Appel und 'n Ei. Die Investitionen für solare Stromerzeugung lassen manchen Immobilienbesitzer zurückschrecken, aber wer sich eine neue Heizungsanlage kauft, kriegt die Warmwasser-Erzeuger dazu beinahe geschenkt und wäre dumm, sie nicht anzuschaffen. Hier besteht noch viel Potenzial und Beratungsbedarf. Wie wäre es, jedem Häuslebauer automatisch ein Infoblatt zukommen zu lassen? Da würde sich auch das hiesige Installationshandwerk freuen.

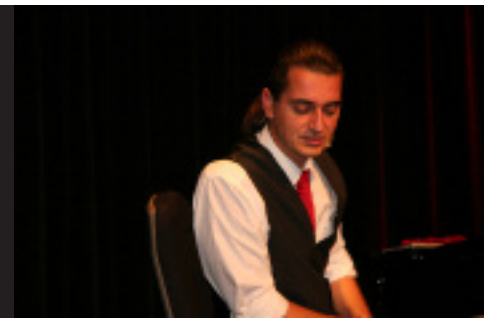
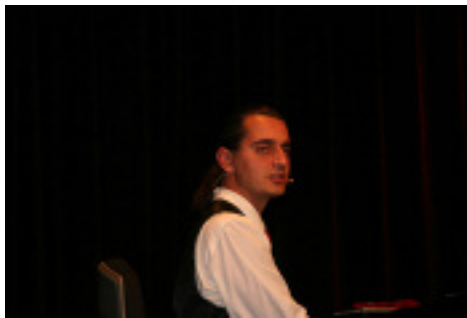
* Zum Beispiel

sollen jetzt an der Kirchreihe, im Abschnitt westlich der Friedrich-Paffrath-Straße, brachliegende Grundstücke bebaut werden. Um, so Ratsvorsitzender Norbert Schmidt, die Bebauung innerstädtisch zu verdichten, statt sich weiter ins Umland auszubreiten. Da könnte man die Dächer gleich in sonnen-

freundlicher Ausrichtung planen, oder? Was aus ökologischer Sicht noch zu beachten wäre: Die Kirchreihe ist bislang für Radfahrer sehr attraktiv – schön grün, schön breit und ziemlich ruhig zieht sich dieser traumhafte Radweg quer durch die Stadt. Und ist, so Horst Radmer (FDP), auch Teil eines internationalen Radfernwanderweges. Man sollte bei der Anbindung der Neubauten darauf achten, diese wichtige Funktion zu erhalten und auch den schönen Gehölzbestand schonen.

* Fortsetzung folgt

Am 1.11. hatte die Ratsmehrheit folgende Ergänzung der Hauptsatzung beschlossen: "Auf Verlangen des Rates führt der OB eine Einwohnerversammlung durch." Bis dahin lag dieses Recht allein beim Stadtoberhaupt. Die Verwaltung hielt die Änderung für rechtswidrig, holte sich Beistand von der Kommunalaufsicht und gab dem Rat am 29.11. Gelegenheit, den Beschluss wieder aufzuheben. Was der nicht tat. Der OB legte dann formal Einspruch gegen den Beschluss ein, wodurch ein erneuter Ratsbeschluss zu dieser Angelegenheit fällig wurde. Erneut entschied jetzt die Ratsmehrheit, am Beschluss vom 1.11. festzuhalten. Nun wird der OB sich wieder an die Kommunalaufsicht wenden... □



"Das ist nicht lustig"

Was hat er, was andere nicht haben? Hagen Rether lieferte den denkbar hochkarätigen Auftakt für das diesjährige Kleinkunstfestival im Pumpwerk. Als Mann der leisen wie deutlichen Töne bleibt er konsequent oberhalb der Gürtellinie und trifft stattdessen ins Mark. Schenkelklopfer sind nicht sein Ding. Die Stimmung im Saal ist freilich höchst amüsiert, die schlagartig in Betroffenheit kippt – was Rether nicht mit dem Holzhammer erzwingt, sondern durch geradezu beiläufige Schlenker in seinem Vortrag bewirkt. Running Gags sind hier nicht Lückenbüßer für kreative Mittelmäßigkeit, sondern setzen an geeigneter Stelle schlicht einen Punkt: "Das ist nicht lustig", stellt er immer wieder fest, und: "Wir wissen so wenig". Wie wahr, doch zum Glück gibt es Rether, der es schafft, aus dem Wust

gleichgeschalteter Informationen, die täglich auf uns einströmen, das Wesentliche zu sezieren, und die wahre Bedeutung hinter den Stereotypen der Meinungsmacher zu entlarven.

Mehr als drei Stunden zog Rether das Wilhelmshavener Publikum in seinen Bann – stets unterhaltsam und mit beruhigender Pufferzone zu peinlichen Fehlritten. Nicht nur wir würden ihn hier gern wieder begrüßen – auch als unseren Favoriten für den Kleinkunstpreis "Knurrhahn". (iz)



Olle Kamellen

Sie erinnern sich mit Sicherheit noch an den geplanten Bau des Holiday-Inn-Hotels an der Jadestraße. Aus diesem Projekt ist ja bekanntlich nichts geworden, weil urplötzlich aufgetauchte Altlasten es verzögerten und die Investoren schließlich absprangen. In Gang gesetzt und geplant hatte das Objekt die ICP Investment Consult Project Development GmbH des Wilhelmshavener Ingenieurs Rüdiger Tober. Zum Erliegen kam die Planung, als bei Tiefbauarbeiten plötzlich Öl sprudelte – und nicht einfach irgendein Öl, sondern ein Chemiecocktail, der den Bauarbeitern buchstäblich die Gummistiefel wegätzte.

Nun war die Aufregung groß – die Stadt Wilhelmshaven gab sich überrascht, dass da auf dem Gelände so etwas auftauchen konnte. Ebenso überrascht gab sich der Grundstückskäufer Tober, der das Grundstück laut Kaufvertrag altlastenfrei und sauber gekauft hatte. Zum Glück hatte Rüdiger Tober die Kaufsumme noch nicht überwiesen und somit war er erst einmal aus dem Schneider. Hätte er den Betrag schon überwiesen gehabt, dann wäre die Entsorgung seine Sache gewesen – so musste der Staat eingreifen und die millionenschwere Altlastbeseitigung übernehmen.

Nun fing Tober an zu recherchieren, ob die Stadt Wilhelmshaven wirklich nichts von der Altlast gewusst hatte. Von vielen Seiten bekam er Hinweise, Unterlagen und Gutachten, die seiner Meinung nach ganz klar bewiesen, dass die Stadt von den Altlasten Kenntnis gehabt hatte.

Deutlich dargestellt wurden die Altlasten z.B. in der ARSU-Studie "Gefährdungsabschätzung der Rüstungsaltlasten in Wilhelmshaven" aus dem Jahre 1992, die ausdrücklich auf die Probleme in dem geplanten Bereich hinweist. Tober gelangte auch in den Besitz vieler amtlicher Schriftstücke, in denen über die Altlastproblematik debattiert wurde, in denen auf diese Problematik hingewiesen wurde und so weiter und so fort.

Nach dem Studium all dieser Quellen war für ihn klar: Die Stadt Wilhelmshaven wusste von den Altlastproblemen auf dem von ihm gekauften Grundstück. Nicht erklären konnte er sich allerdings, warum sie ein solches Spiel spielte. Doch da geht es dann in den Bereich von Verschwörungstheorien und ähnlichen Animositäten, wofür der Gegenwind nicht mehr zuständig ist.

Ein Sahnehäubchen gibt es allerdings noch: Rüdiger Tober stellte in einem Artikel im Jeverischen Wochenblatt Anfang Oktober 2006 eben die Behauptung auf, dass die Stadt Wilhelmshaven von den Altlasten wusste. Wenige Tage später bekam er Post von der Stadt Wilhelmshaven, in der er aufgefordert wurde, die Behauptung zurückzunehmen, ansonsten ...

Tober schrieb kurz und bündig an die Stadt, dass er bei seiner Aussage bleibt. Doch statt der erwarteten gerichtlichen Auseinandersetzung setzte Funkstille ein. Bis heute jedenfalls hat sich die Stadt nicht gerührt. Rüdiger Tober hatte bei der ganzen Geschichte auch noch ein gehöriges Quantum Glück: Seine Investoren für das Holiday-Inn waren inzwischen zwar abgesprungen – doch hatte er das Verfahren inzwischen ja so weit vorangetrieben, dass einem sofortigen Baubeginn nichts mehr im Wege stehen würde – und diese Option verkaufte er mit einem ordentlichen Gewinn. Und diesen Gewinn setzt Tober nun ein, um die Planungen im Bereich der Wiesbadenbrücke voranzutreiben. (hk)

Zukunftsweisend?

ICP passt die Planung für die Bebauung der Wiesbadenbrücke an

(hk/iz) Eines der städtebaulichen Filetstücke Wilhelmshavens ist mit Sicherheit die in den Großen Hafen ragende Wiesbadenbrücke, für deren Bebauung das Wilhelmshavener Planungsbüro ICP von Rüdiger Tober im Oktober 2006 eine Bauvoranfrage stellte. Anfang November legte das Planungsbüro nun eine leicht veränderte Planung vor.

Der Tobersche Vorstoß stieß nicht nur beim Oberbürgermeister auf Ablehnung. Auch der Gegenwind lehnte die Art und Weise ab, wie Tober seinen Anspruch auf die Bebauung des Grundstückes untermauerte. Unter der Überschrift "Gut gemacht, OBI!" lobten wir das Vorgehen Menzels und befürchteten, dass die Stadt sich wieder einmal zu einem Schnellschuss hinreißen lässt. Man kennt das ja in Wilhelmshaven: Erst werden große Erwartungen und Hoffnungen geweckt, und am Ende stehen wieder alle vor einem Scherbenhaufen.

Und so kam es zu der doch recht seltenen Übereinstimmung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Gegenwind. Schließlich muss die Planungshoheit bei der Stadt bleiben, muss das, was hier in Wilhelmshaven geschehen soll, durch die gewählten RatsvertreterInnen auf den Weg gebracht werden.

Wir schrieben damals: *"Zurück zu Herrn Tober. Der reagierte prompt auf Menzels Zurückweisung - mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde an den niedersächsischen Innenminister Schönemann. Tobers Vorwürfe: Die ICP habe bereits erheblich in das Projekt investiert, und seine Verhandlungen würden durch Menzels Intervention abgewürgt (WZ 18.10.2006). Wenn Tober ungefragt verhandelt und investiert, ist das aber sein Problem."*

Die ICP bat darauf den Gegenwind zu einem Gespräch, an dem neben Dipl.Ing. Rüdiger Tober auch der Projektleiter Bernd Kietzmann teilnahm.

Und hier machte man uns eben kurz klar, dass die Planungen für die Wiesbadenbrücke nun beileibe nicht ein Toberscher Alleingang seien, sondern dass jeder Schritt sowohl mit dem Stadtplanungsamt als auch dem zuständigen städtischen Dezernenten Kottek abgesprochen wurde, dass Gespräche mit der Standortverwaltung stattgefunden haben, dass mit der noch auf der Wiesbadenbrücke ansässigen Firma Linde ein Umsiedlungsvertrag existiert. Kurz: Alles das, was auf der Wiesbadenbrücke geplant wur-



de, ist, so Rüdiger Tober zum Gegenwind, in engster Absprache und Kooperation mit den zuständigen Beamten und Stellen der Stadt entstanden.

Vor diesem Hintergrund erscheinen nun Menzels Äußerungen in einem etwas komischen Licht. Die Entwicklung dieses Bereiches *"erfordere eine sorgfältige und realistische Planung, keinesfalls Beliebigkeit und Konzepte, die mit der gewachsenen Situation und herausragenden Bedeutung dieser wertvollen Fläche nicht vereinbar seien."* So Menzel in der Wilhelmshavener Zeitung vom 17.10.2006. Aber wie kann das sein, wenn die Planungen u.a. mit den Herren Witt (Stadtplanungsamt) und Kottek (Baudezernent) abgesprochen wurden? War der Einzige, der von alledem nichts wusste, unser Oberbürgermeister? Kaum zu glauben.

Die Planungen

Sie sehen neben einer "normalen" Wohnbebauung (preislich wie die Häuser der Spar+Bau an der Weserstraße) und einer Exklusiv-Wohnbebauung die Errichtung von Bürogebäuden, Markt- und Ausstellungshallen, einer Incentivlocation (Incentive – Motivationsförderung) und des EUROfutureTEC vor. Anstelle des EUROfutureTEC war in dem ersten Entwurf noch von einer großen Sport- und Event-Arena die Rede. Diese Arena wurde aufgrund der Diskussion und Kritik in der Bauverwaltung und den großen Parteien gekippt.

Hinter dem seltsamen Begriff EUROfutureTEC verbirgt sich eine Art Existenzgründerzentrum mit Schwerpunkt auf dem Jugendbereich. Nicht nur Raum für zukunftsorientierte Jungunternehmen, sondern auch die Bereiche Wirtschaft und Forschung sollen der Wilhelmshavener Jugend eine Perspektive für die Zukunft bieten.

Wir wollen uns jetzt nicht über das Konzept der ICP auslassen. Die Einschätzung, ob ein solches Projekt nach Wilhelmshaven passt und ob es hier benötigt wird, wollen wir der öffentlichen Diskussion und der Diskussion im Rat der Stadt überlassen. Wir meinen allerdings auch, dass das ICP-Konzept es ver- ➤



dient, diskutiert zu werden.

In der Bauvoranfrage der ICP vom 3. November 2006 heißt es: *“Erst jetzt, nachdem das Projekt Insulanus durch unsere Privatinvestition, Verhandlungen, Studienentwurf, ein Stadium der Realisierbarkeit erreicht hat, werden andere Personen – die bis dahin*

das Ganze nur belächelt haben – hellwach und wollen über den von uns geebneten Weg laufen. Man muss sich die Frage stellen, warum haben nicht die anderen selbst die Zügel in die Hand genommen, um der Wiesbadenbrücke in neues Gesicht zu geben?” □



Was bedeuten die jüngsten Urteile des Bundessozialgerichts?

(noa) Nicht mehr lang, und Hartz IV besteht seit zwei Jahren. Sein Namensgeber hat nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht mehr so lange “gehalten” (auf seinem Posten als VW-Personalchef) und steht demnächst vor Gericht. Das Gesetz brachte von Anfang an sehr viele ARGEn vor Gericht.

So berichtete z.B. die WZ am 8. November auf ihrer Niedersachsenseite über eine “Flut von Hartz-Klagen an Sozialgerichten”. Um ein Drittel sei die Zahl der Prozesse in Niedersachsen gestiegen, mehr als die Hälfte der Verfahren seien Schnellentscheidungen, der Durchschnitt der Wartezeit liege im Land bei 15 Monaten, und bei mündlichen Hauptsacheverfahren müsse man deutlich länger warten. Vielfach betrafen die Klagen die Unterkunftskosten.

Um diese ging es auch am 7. November, als das erste Hartz IV-Verfahren beim Bundessozialgericht entschieden wurde. Die “Tagesschau” berichtete, durch dieses erste BSG-Urteil in Sachen Hartz IV seien die Rechte von Alg II-EmpfängerInnen gestärkt worden. Im konkreten Fall ging es um die Miete einer vierfachen Mutter, die ihr von der zuständigen ARGE nur in Höhe der Wohngeldtabelle bewilligt wurde, während sie tatsächlich höher liegt.

Für Wilhelmshavener Arbeitslose ist dieses Urteil ein zweischneidiges Schwert. Laut “Tagesschau” “gaben die Kasseler Richter (den Kommunen) auf, eigene Maßstäbe für die Angemessenheit einer Wohnung zu entwickeln, die den örtlichen Gegebenheiten besser entsprechen.” Und darin liegt das Problem: Die Stadt Wilhelmshaven hat als Teil der ARGE Wilhelmshaven Maßstäbe entwickelt, die unter den Miethöhen der Wohngeldtabelle liegen, und sie behauptet, es gäbe hier Wohnraum zu so niedrigen Preisen. Gut möglich, dass das Job-Center in Wilhelmshaven das BSG-Urteil nun als Bestätigung seiner Rechtsauffassung betrachtet und weiter die zu niedrigen KdU bewilligt.

Beim Bundessozialgericht dauert es erfahrungsgemäß Monate, bis gesprochene Ur-

hartz IV und recht

teile auch geschrieben werden. Die neuesten auf der Homepage des BSG veröffentlichten Urteile wurden im September gesprochen. Man darf auf den Wortlaut des BSG-Urteils vom 7.11. gespannt sein. Wie klar hat das BSG wohl seine Aufforderung formuliert, die eigenen Maßstäbe der Kommunen müssen den örtlichen Gegebenheiten entsprechen?

Das Bürgerliche Gesetzbuch regelt, wie ein Mietspiegel beschaffen sein muss, und das Sozialgericht Oldenburg hat sowohl in zahlreichen Eilentscheidungen als auch in einigen Hauptsacheverfahren die Wilhelmshavener Maßstäbe als nicht fundiert bezeichnet. Entsprechend bekamen hier die jeweiligen KlägerInnen eine Miete gemäß der Wohngeldtabelle zugesprochen. Solange die Stadt Wilhelmshaven keinen gesetzlichen Mietspiegel entwickelt, wird es also voraussichtlich weiterhin nötig sein, beim Sozialgericht Klage zu erheben.

Am 23. November gab es ein weiteres Urteil des Bundessozialgerichts in einem Hartz IV-Prozess. Dieses Urteil ist, obwohl es so zu erwarten war, sehr enttäuschend: “345 Euro im Monat müssen reichen”, lautete die “WZ”-Überschrift am nächsten Tag. Schade, dass nicht das Frankfurter Verwaltungsgericht zuständig für diese Frage war! Immerhin erhöhte es den Pensionsanspruch des Ex-Bundesbankpräsidenten Welteke, der in seiner Klage geltend gemacht hatte, “dass man mit 33 Prozent seines Gehalts seinen bisherigen Lebensstandard nicht aufrechterhalten kann”, von 8.000 auf 13.000 €! □

Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Ausnutzung und Zurschaustellung

Viele 1 €-Jobs sind rechtswidrig und dürfen abgelehnt werden

(noa) Zur ALI-Versammlung am 14. November war eigentlich ein Referent eingeladen. Herr Richard Kauffunk, der an der Kreisvolkshochschule Friesland die Arbeitsgelegenheiten (so heißen die 1 €-Jobs im Gesetz) koordiniert, wollte genau darüber sprechen. Seine Absage kam so kurzfristig, dass auch Werner Ahrens nicht mehr viel vorbereiten konnte.

Das hat aber nicht geschadet. Im Gegenteil: So eine lebhaft ALI-Monatsversammlung gab es schon lange nicht mehr.

Werner sprach auch über 1 €-Jobs, erheblich kritischer allerdings, als es Herr Kauffunk wahrscheinlich getan hätte. Viele Arbeitsgelegenheiten sind rechtswidrig, sagte Werner und belegte das mit der Frankfurter Rundschau, die am 19.10.06 gemeldet hatte, dass bei einem Viertel der 1 €-Jobs die Förderungsvoraussetzungen nicht erfüllt seien. Gemeinnützig und zusätzlich sollen Arbeitsgelegenheiten sein, so sieht das Gesetz es vor; tatsächlich sind sie “eine schamlose Ausnutzung von Leuten, die auf ein paar zusätzliche Euro angewiesen sind” (Werner Ahrens), “eine Zurschaustellung von Arbeitslosen” – wenn es um die Straßenreinigung geht – und “eine staatliche Frisierung der Arbeitslosenstatistik” (Stimmen aus dem Teilnehmerkreis).

Ein ganz aktuelles Beispiel konnte Werner nennen: Ein Wilhelmshavener bekam eine Einladung von der GAQ, um “Fragen Ihrer beruflichen Weiterbildung” zu besprechen. Diese “Weiterbildung” bestand dann im Angebot einer Arbeitsgelegenheit, bei der es um Laubfegen und Winterdienst ging. Genau dasselbe hatte der bewusste Arbeitslose aber vor zwei Jahren schon einmal gemacht – damals als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. “Das kann eigentlich nicht zusätzlich sein”, so Werner; Laub und später Schnee müssen auf jeden Fall beseitigt werden, und eisbedeckte Flächen müssen auch auf jeden Fall abgestreut werden. Und was man Neues dabei lernen kann, ist auch fraglich.

Ebenso rechtswidrig sind 1 €-Jobs als Hausmeistergehilfe an Schulen. Die älteren Gegenwind-Leser erinnern sich bestimmt noch an die Zeit, in der jede Schule einen Hausmeister hatte. Heutzutage teilen sich mehrere Schulen eine Hausmeisterstelle, und damit kann nicht mehr die ganze Arbeit geleistet werden. Wenn dafür nun 1 €-Jobber eingesetzt werden, ist das Kriterium der Zusätzlichkeit bestimmt nicht erfüllt.

Solche rechtswidrigen Arbeitsgelegenheiten darf, ja sollte, ein Arbeitsloser ablehnen. Doch der Teilnehmer, der daraus schloss: “Und dann wird das Arbeitslosengeld II nicht gekürzt”, irte sich. Es ist davon auszugehen, dass das Job-Center einem Erwerbslosen, der eine AGH ausschlägt oder abbricht, das Alg II um 30 %, also um 103,50 €, kürzt. Doch wenn die AGH ganz offensichtlich rechtswidrig ist, wird man auf jeden Fall sein Recht und damit sein Geld bekommen, wenn man gegen die Kürzung klagt.

Alles paletti?

INEOS ChlorVinyls will mehr produzieren – mit angeblich genehmigungsfähigen Mehrbelastungen für Mensch und Natur.

(jm) Seit dem 28. November liegen die Anträge des multinationalen INEOS-Konzerns (Ex-ICI) auf Erhöhung der vorhandenen sowie auf Zubau neuer petrochemischer Produktionskapazitäten aus.¹⁾

Dafür braucht sie von den Genehmigungsbehörden je eine neue Genehmigung nach Bundesimmissionsschutz-Gesetz und Niedersächsischem Wassergesetz. Gegen die Anträge können bis zum 10.01.07 Einwendungen erhoben werden. Im Vorraum des Technischen Rathauses liegen die neun Ordner mit den Antragsunterlagen noch bis einschließlich 27.12. aus. Es liegen jedoch Exemplare mit der Kurzbeschreibung zum Mitnehmen bereit.²⁾ Wer Einwände gegen die INEOS-Anträge vorzubringen hat, muss diese bis spätestens 10. Januar abgeben.³⁾ Am 17. Februar ab 10.00 Uhr soll dann der immissionsschutzrechtliche Teil in der Stadthalle erörtert werden.

Wir haben schon mal einen ersten Blick in die Kurzfassung der Anträge auf "Erweiterung des INEOS-Werkes in Wilhelmshaven am Standort Voslapper Groden" geworfen: Im ersten Teil wird die

- Errichtung einer Ethylenanlage/Ethancracker
- Errichtung einer Chloranlage
- Wesentliche Änderung der VCM-Anlage
- Wesentliche Änderung der PVC-Anlage beantragt.

An die Beschreibung der Anlagen schließen sich Aussagen und Prognosen zur zukünftigen Luft- und Schallbelastung der Allgemeinheit und der Nachbarschaft sowie zur toxikologischen Beurteilung der Schadstoffimmissionen, der Störfallsicherheit mit "worst case"-Prognosen, Arbeitssicherheit, Abfallaufkommen und zu den schadstoffhaltigen Abwässern an.

Im zweiten Teil stellt die INEOS kurz die Ergebnisse der Umwelt-, Flora-Fauna-Habitat- und Artenschutz-Verträglichkeitsuntersuchung dar.

In dem Abschnitt "Toxikologische Beurteilung der Schadstoffimmissionen auf dem Voslapper Groden", der im Folgenden unter die Lupe genommen wird, stellen die INEOS bzw. deren Gutachter das Vorhaben in allen Aspekten als genehmigungsfähig dar. Sie machen sich dabei zu Nutze, dass es für das durch Schadstoffimmissionen hervorgerufene Krebsrisiko offenbar keine kategorisch grenzsetzenden Rechtsmaßstäbe gibt.

So geht man zunächst von einer zusätzlich vertretbaren Krebserkrankung auf 100.000 Menschen aus (die lebenslang in Nachbarschaft der Beurteilungs- bzw. Immissionsaufpunkte wohnen), die die Gutachter dafür ausgesucht haben. Dann stellt sich bei Betrachtung der prognostizierten Gesamt-Immission der von INEOS emittierten krebserregenden Stoffe Ethylene-Dichlorid (EDC), Vinylchlorid-Monomer (VCM) und 1,3-Butadien heraus, dass dieser Maßstab mit einem Krebsrisiko von 1,195 : 100.000 - also um 19,5% - überschritten wird.

Das macht dann aber doch nichts, denn die "gewählte Risikohöhe ist durch den LAI⁴⁾ nicht genau vorgegeben...", und es wird

"...auch ein höheres Risiko (bis 9:100.000) vom LAI als genehmigungsfähig diskutiert."

Ähnlich verfährt man auch bei der Gesamtbelastung der Nachbarschaft durch Schadstoffimmissionen:

"Das Risiko im Ist-Zustand (ohne Erweiterung von INEOS) liegt bei 2,08 : 10.000 unter Einschluss der erwarteten Benzol-Zusatz-

INEOS

emissionen nach Genehmigung der WRG und der JadeWeserPort Entwicklungsgesellschaft. Dieses Risiko

ist im Vergleich zu ländlichen Gebieten mit einem assoziierten Risiko von 1,28 : 10.000 erhöht, ohne dass hierauf die Genehmigung oder Nichtgenehmigung relevanten Einfluss hat."

Nachdem man eingeräumt hat, dass ein Gesamt-Krebsrisiko von 1,3 : 10.000 sowieso nicht eingehalten werden kann, weil bereits jetzt eine deutlich höhere Belastung von 2 : 10.000 anlagenunabhängig vorliege, hängt man die Latte wieder mal eine Sprosse tiefer:

*"Angesichts des im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedrigen Hintergrundrisikos im Ist-Zustand vor Ort scheint es derzeit ein realistisches Ziel, ein Gesamtrisiko von 4 : 10.000 einzuhalten."*⁵⁾

Schau'n mer mal, was beim weiteren Durchforsten des Antrages sonst noch alles ans Licht kommt...

¹⁾ Siehe Gegenwind Nr. 214; Artikel **Keine rechtfertigende Geschäftsgrundlage**

²⁾ Die Kurzfassungen auf den Tischen im Vorraum scheinen schnell vergriffen zu sein! Man sollte dann im Auskunftsbüro nachfragen...

³⁾ Die Anträge und die Antragsunterlagen liegen bis zum 27.12. 2006 (einschließlich) bei den folgenden Stellen zu den üblichen Öffnungszeiten zur Einsichtnahme aus:

- bei der Stadt Wilhelmshaven, Technisches Rathaus, Rathausplatz 9, 26382 Wilhelmshaven (wasser- und immissionsschutzrechtlicher Antrag)

- bei der Gemeinde Wangerland, Rathaus, Helmstedter Straße 1, 26434 Hohenkirchen (wasser- und immissionsschutzrechtlicher Antrag)

- beim Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWK), Direktion Geschäftsbereich VI —, Ratsherr-Schulze-Straße 10, 26122 Oldenburg (wasserrechtlicher Antrag)

- beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Theodor-Lantzen-Platz 8, 26122 Oldenburg, Zimmer 435 (immissionsschutzrechtlicher Antrag).

An diese Stellen können auch fristgerecht die schriftlichen Einwendungen gesandt bzw. dort zur Niederschrift abgegeben werden.

⁴⁾ Länderausschuss für Immissionsschutzfragen (beinhaltet sich um einheitliche Auslegung der Immissions-schutzbestimmungen durch die Bundesländer)

⁵⁾ Für die toxikologische Bewertung der lokalen Hintergrundbelastung mit Arsen, Asbest, Benzol, Cadmium, Dieselruß, Benzo(a)pyren, 2,3,7,8-Tetrachlor-Dibenzo-Dioxin, Nickel, VCM, EDC und 1,3-Butadien wurden drei Beurteilungspunkte festgelegt:

- Bohnenburger Deich 24 (in Höhe des INEOS-Werksge-ländes)

- Hooksiel (am Bohnenburger Deich südlich des Hook-sieler Binnentiefs)

- Hooksieler Schleusenhaus



Klage gegen Sandentnahme eingereicht

Jüngst, im Oktober, wurde das Ausbaggern von 30 Millionen Kubikmetern (cbm) Sand aus der Jade genehmigt. Mit dem Material soll der JadeWeserPort (JWP) aufgespült werden. Die zwei bis zu einer Tiefe von 29 m aus der Gewässersohle ausgehobenen Baggerlöcher, die sich über eine Abbaufäche von insgesamt 277 ha erstrecken, liegen dicht nördlich und südlich des geplanten JWP-Hafenkörpers.

Nördlich des noch in einem anderen Genehmigungsverfahren steckenden JWP soll auf 125,8 Hektar Fläche eine 1500 x 900 Meter große Sandgrube ausgebaggert werden. Der gehobene Sand soll zur Erstellung des JWP-Hafenkörpers in die Heppenser Rinne zwischen Voslapper Seedeich und Geniusbank gepumpt werden.

Südlich des JWP hat die JWP-Realisierungsgesellschaft eine weitere Abbaufäche genehmigt bekommen. Diese umfasst 151,6 Hektar. Das Baggergebiet erstreckt sich über 2100 x 1000 Meter.

Das reicht aber nicht für die Aufspülung des JWP, für den man einen Sandbedarf von 45 Mio. cbm errechnet hat. Die fehlenden 15 Millionen hat man in einem anderen Verfahren beantragt:

Sie sollen durch die JWP-nahe Verlegung des Jade-Fahrwassers inkl. der Ausbaggerung der Zufahrt zum Kai gedeckt werden. Für diesen Bereich wurde die Vertiefung auf 18 Meter beantragt, weil das Wasser zwischen geplantem JWP und dem Jade-Fahrwasser nur zwischen vier und zehn Metern tief ist.

Durch die Aufspülung des JWP und die vier Baggerfelder werden Abermillionen Kubikmeter Schwemmsand und abgelagerte Schadstoffe aufgewirbelt, deren Trübstoffwolken die lichtabhängige Bioproduktivität des Jade-Gewässers mindern. Letztendlich lagern sich die Schwemmmaterialien in den strömungsarmen Wattengebieten ab und verändern dort die Lebensbedingungen der Bodentiere, die ein unverzichtbarer Teil der Nahrungskette sind. Langfristig noch gravierender dürften sich die Folgen der durch alle fünf Baumaßnahmen ausgelösten Strömungsveränderungen auswirken. Erfahrungsgemäß dauert es 10 bis 20 Jahre nach einer Wasserbaumaßnahme, bis der in neue Bahnen gezwungene Tidestrom, weiträumig bis in die Wattenmeere hinein, das Profil des Gewässerbodens ummodelliert hat. Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) hat dagegen Klage beim Verwaltungsgerecht Oldenburg eingereicht, die von der Schutzgemeinschaft Jade Region (SJR) finanziell abgesichert ist.

Die Hauptpunkte der Klageschrift werden sich voraussichtlich richten gegen

- das Aufsplitten in zwei Planfeststellungsverfahren:

So werden die Ausbaggerungen der Zufahrt zum JWP, die Verlegung des Jade-Fahrwassers und die Aufspülung des JWP von der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest bearbeitet - die beiden Baggergruben dagegen vom Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Clausthal-Zellerfeld.

- die Nichtberücksichtigung von Alternativen, wie die Instandsetzung des Jade-Fahrwassers in den planfestgestellten Ausgangszustand von 1976. (jm)

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Wir laden herzlich ein
zur

1. Bildervernissage
Eröffnung
mit Sektempfang
am Mittwoch,
den 10. Januar 2007
um 16.00 Uhr
im Café MüZe

Die norddeutsche Künstlerin
Süntka Janßen
stellt bis Ende März
in den Räumen des
Mütterzentrums
und des
Secondhands
ihre Werke aus.

Sie arbeitet mit Sand, Acryl und Gouachefarben und erzielt damit dreidimensionale Effekte. Vor allem Tiermotive schmücken ihre lebensfrohen und farbintensiven Bilder. Es ist an Folgeausstellungen gedacht.

Interessierte Künstlerinnen
können sich im
Mütterzentrum melden.

Öffnungszeiten
Café MüZe:
Montag - Freitag
9.30 - 12.30 Uhr

Wie wird man Amokläufer?

Über eine interessante Diskussionsveranstaltung

(noa) "Virtuelle Welt – soziale Wirklichkeit – eine tödliche Begegnung?" - so lautete der Titel einer besonderen Veranstaltung am 13. Dezember. Die **linke alternative wilhelmshaven (LAW)** und der Wilhelmshavener Kinder- und Jugendpsychiater und – psychotherapeut Michael Schlicksbier-Hepp hatten eingeladen zu einer Diskussion des Abschiedsbriefes von Sebastian B.

Sebastian B., das war der Amokläufer von Emsdetten. Seit seiner Tat in seiner ehemaligen Schule, der Geschwister-Scholl-Schule in Emsdetten, vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über Maßnahmen gegen "Killerspiele" nachgedacht wird. Dabei wird unterstellt, Sebastian B., der einige Menschen verletzt und am Ende sich selbst getötet hat, sei durch solche Spiele zu seiner Tat veranlasst worden.

Mittlerweile gab es im Internet Ankündigungen zu weiteren solchen Taten – und entsprechende Reaktionen von Politikern. Diese Vorschläge reichen von der Indizierung dieser Spiele über Verbot des Vertriebs bis hin zur Idee (aus Bayern), der Besitz eines solchen Spiels solle mit bis zu zwei Jahren Haft geahndet werden. Auch einige "Trittbrettfahrer" – Menschen (um es genauer zu sagen: Männer), die im Internet Amokläufe an Schulen ankündigten, um ihrer Freundin einen schulfreien Tag zu verschaffen, um zu schockieren oder auch ohne irgendeinen nachvollziehbaren Grund – wurden ermittelt und zum Teil blitzschnell ins Gefängnis geworfen.

Rache oder Kritik

Sebastians B.'s Abschiedsbrief ist unmittelbar nach seinem Amoklauf aus dem Internet beseitigt worden. Was er direkt vor seinem "Rachefeldzug" schrieb, belegt keineswegs, dass er durch Gewaltspiele zu Mordversuchen und Selbstmord getrieben worden wäre. Sein Abschiedsbrief zeugt von tiefer Verzweiflung, die ähnlich von vielen anderen Jugendlichen empfunden wird, und enthält außerdem einiges an Gesellschaftskritik.

Das war für die LAW der Grund, einen Fachmenschen auf dem Gebiet von Seelenzuständen junger Menschen zur Diskussion dazuzubitten, und nach vierstündigem Ge-

spräch waren sich alle Beteiligten – die LAW-Mitglieder, die dabei waren, und die Gäste, die nicht der LAW angehören – einig, dass es sich gelohnt hatte, weil sie alle Denkanstöße bekommen haben.

Herr Schlicksbier-Hepp war erst durch die LAW-Anfrage auf den Abschiedsbrief von Sebastian B. gestoßen, hatte ihn durchgearbeitet und passagenweise nicht nur aus psychologischer und psychiatrischer, sondern auch aus gesellschaftspolitischer Sicht reflektiert und kommentiert. Der Brief und Schlicksbier-Hepps Gedanken dazu sind zusammen so umfangreich, dass sie den Rahmen eines Gegenwind-Artikels weit überschreiten würden. Sie sind jedoch unter www.ganzheitlichesicht.de nachzulesen.

Killerspiele

Einige der größtenteils längst nicht mehr jugendlichen männlichen LAW-Mitglieder berichteten von ihren damaligen Erfahrungen mit Gewalt und Aggressivität und reflektierten sie unter dem Eindruck der Sichtweise des Täters von Emsdetten. Fragen nach den Lebensumständen von Kindern und Jugendlichen heute – angesichts von immer mehr Ein-Eltern-Familien, von wachsender Armut und sozialer Perspektivlosigkeit – wurden aufgeworfen und erwogen. Die aktuelle Frage nach dem Zusammenhang von Gewaltspielen für den PC und die Spielkonsole mit tatsächlicher Gewalt war ebenfalls Thema. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Dissozialität und dem Konsum von Gewaltspielen, so eine Kinderärztin. Doch ob es sich dabei um einen kausalen Zusammenhang handelt und, wenn ja, in welche Richtung dann die Kausalität ginge, ist nicht nachgewiesen. Schlicksbier-Hepp berichtete von einer Vielzahl von Faktoren, die zusammenwirken müssen, bevor ein junger Mann (Mädchen machen so etwas nämlich nicht) einen suizidalen Amoklauf unternimmt, und davon, dass nicht nachweisbar ist, wie sich die Lage beim Fehlen auch nur eines einzigen dieser Faktoren darstellen würde.

Diese Frage war eines der vorrangigen Anliegen der LAW gewesen: Hat es irgendeinen Sinn, die "Killerspiele" zu verbieten, so wie es jetzt mal wieder von zahlreichen Politikern gefordert wird? Wie würde man im Falle einer Strafandrohung für den Besitz solcher Spiele sicherstellen wollen, dass man jemanden "erwischt"? Ist es nicht viel notwendiger, all die anderen gesellschaftlichen Bedingungen, die dazu beitragen, dass junge Menschen in einen psychischen Zustand geraten können, der sie zum Gewalttäter oder Amokläufer werden lässt, zu verändern? Und wie könnte das aussehen?

Johann Janssen, LAW-Ratsherr, sagte so ziemlich gegen Ende des langen Abends, ihm sei jedenfalls eines klar geworden: Es gibt neben der politischen Arbeit noch eine Menge anderes zu tun – der Sozialismus alleine wird es nicht richten. □



Anzeige

linke alternative wilhelmshaven – linke alternative wilhelmshaven**Fröhliches Wilhelmshaven?**

Wilhelmshaven heißt Wilhelmshaven, weil es Wilhelms I. Hafen war. "Porto Alegre" ist portugiesisch und heißt "fröhlicher Hafen". Porto Alegre ist Hauptstadt und Hafen des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul. Und dort gibt es etwas, was wir total gut finden: den Bürgerhaushalt, auch Beteiligungshaushalt genannt.

Porto Alegre ist eine Millionenstadt. Dort ist ein Stadtteil so groß oder sogar größer als unser kleines Wilhelmshaven. Deshalb gibt es den Beteiligungshaushalt dort auf Stadtteilebene. Seit 1989 wird das Verfahren kontinuierlich von den BürgerInnen mit Unterstützung der Verwaltung weiterentwickelt.

Die Idee ist, Demokratie in der Kommune zu verwirklichen. Demokratie erschöpft sich nämlich nicht darin, dass ein Teil der Menschen, die Wahlberechtigten, ihre Stimme abgeben (oder sie nicht abgeben, was am 10. September die Mehrheit der Wilhelmshavener Wahlberechtigten getan hat) und es dann dem Rat überlassen, fünf Jahre lang ungestört durch die BürgerInnen die Geschicke der Kommune zu lenken. Demokratie könnte viel mehr als das heißen, z.B. eben,

dass die Menschen selber entscheiden, was mit dem Geld, das ihrer Stadt zur Verfügung steht, gemacht werden soll.

Porto Alegre war der Anfang. Der Gedanke von Porto Alegre hat sich fröhlich ausgebreitet, nachdem er auf der UNO-Habitat II-Konferenz prämiert wurde und die Stadt mit dem Titel "Hauptstadt der Demokratie" bedacht wurde. In 70 Kommunen in Brasilien, aber auch in allen anderen Kontinenten stößt die Idee des Bürgerhaushalts auf reges Interesse und wird – angepasst an die jeweiligen politischen, geografischen und sonstigen Bedingungen – angewandt. Auch in Deutschland tut sich mancherorts schon etwas.

Lichtenberg, ein Bezirk unserer Bundeshauptstadt Berlin, stellt im Internet seinen "Bürgerhaushalt Lichtenberg 2008" vor. Hier kann man auch gleich die Einschränkungen durch deutsche Gesetze im Vergleich zum brasilianischen Original nachlesen: "Nach deutschem Recht ist eine direkte Abstimmung der Bürger und Bürgerinnen über die kommunalen Finanzen nicht möglich. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie. Deshalb bleibt die letzte Entscheidung über den

Haushaltsplan den gewählten Vertretern und Vertreterinnen überlassen ..." Doch die Lichtenberger Bezirksverordneten "haben sich verpflichtet, die Vorschläge und Anregungen der Bürger und Bürgerinnen im Haushaltsplan 2008 zu berücksichtigen" und Rechenschaft abzulegen. "Mit dem Bürgerhaushalt wollen wir eines erreichen: die Gestaltung der Politik im Einvernehmen mit den Bürgern und Bürgerinnen. Wir wollen die Schwerpunkte nach Ihren Bedürfnissen setzen und die Finanzmittel effektiv und gerecht nach Ihren Vorschlägen verteilen... Aber wir erwarten auch etwas: Mehr Schwung in der Haushaltsdiskussion, unbürokratische Lösungen und neue Denkanstöße, die uns vielleicht im Verwaltungsalltag nicht mehr so leicht fallen."

Wir finden, ein Bürgerhaushalt stünde auch Wilhelmshaven gut zu Gesicht!



linke alternative wilhelmshaven
WählerInneninitiative für
Arbeit und Soziale Gerechtigkeit

leserbrief

Meine Lieben,
natürlich stecke ich in der Wilhelmshavener Politik nicht drin, deshalb nur einige allgemeine Anmerkungen, die total falsch sein können:

Mein Eindruck ist, dass die jeweiligen Linken viel zu schnell wichtig werden wollen, obwohl sie überhaupt nicht wichtig sind und so in die örtlichen Intrigen geraten, in denen sie gefesselt werden und schließlich absaufen. Ich schlage vor, dass man sich zunächst einmal darauf verständigt, was "links" ist, und dass man dann darauf verzichtet, gegen Windmühlenflügel zu kämpfen. Beispiel: Dass in einer globalen Weltwirtschaft ein Land wie die BRD zum einen die Löhne und zum anderen die Sozialleistungen senken muss, ist unvermeidlich - fraglich ist, in welchem Umfang das geschehen muss, wobei wir bislang glimpflich weggekommen sind. Es ist m. E. durchaus nicht links, vergeblich dagegen anzukäkeln, sondern darauf zu achten, dass bei der Gelegenheit nicht die Demokratie abgebaut wird. Dass Wilhelms-

haven zum Hafenzentrum Norddeutschlands ausgebaut wird, ist nicht nur unvermeidlich, sondern auch richtig, also stellt sich die Frage, wie das zu gestalten ist usw.

Die Fragen, die zu stellen wären, sind andere. Beispiel: Wenn es weniger Lohn und weniger Sozialleistungen gibt, dann fordern wir zum Ausgleich mehr Demokratie, und das nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch in den Betrieben.

Warum sind die Menschen frustriert? Sagt das, was andere nur verdeckt zur Sprache bringen, beispielsweise, dass es bei den "betrieblichen Bündnissen" um die Vernichtung der Gewerkschaften geht und damit um die Vernichtung der demokratischen Strukturen unserer realen Verfassung. Gut, ich höre auf zu blubbern - betrachtet diesen Kommentar als den Ausdruck meines Respekts vor der Leistung, die ihr jeden Monat zustande bringt. Ein entsprechendes Organ gibt es in Oldenburg nicht.

Links wäre auch ein flammender Protest gegen den Kaiser-Wilhelm-Kult in Wilhelmshaven.

Mit besten Grüßen!
Klaus Dede,
Schützenhofstr. 151a,
26133 Oldenburg

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

MUSIK FÜR DICH

Frühstücken
Partys - Konzerte

www.kling-klang-whv.de

HOTEL KLING KLING

WILHELMSHAVENS BÜRGER FÜR BÜRGER INFORMATIONEN PORTAL 24 STUNDEN RUND UM
DIE UHR INFORMIERT, ÜBER FAKALIEN-EINLEITUNGS-LÖSUNGS-ANSÄTZE oder die neuesten Entwicklungen zur
„GOLDENEN WASSERHAHNÜBERGABE“ für jeden Bürger zum Neujahrsempfang 2007! Das geht Sie an!
BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR! WWW.BASU-WHV.DE

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN
BILDUNG ARBEIT
SOZIALE UMWELT
GRUPPE 835-008
WWW.BASU-WHV.DE